

Biolebensmittel bleiben vorerst Nischenprodukte

Agrarexperten sind uneins, wie die Bauern flächendeckend auf eine nachhaltige Landwirtschaft umstellen könnten

CLAUDIA BAER

Die Schweizer Bauern sind mächtig unter Druck. Zu viel Dünger, zu viel Pestizide lauten die Vorwürfe. Darunter leiden die Insekten, die Wasserqualität, die Biodiversität. Von den Umweltzielen, die der Bund für die Landwirtschaft festgeschrieben hat, wird bis anhin kein einziges erreicht. Der Ruf nach Korrekturen in der Agrarpolitik wird lauter, mehrere Volksinitiativen sind in der Pipeline, die eine ökologischere und tierfreundlichere Produktion zum Ziel haben.

Weniger Ertrag

Warum satteln nicht mehr Bauern um auf biologisch hergestellte Produkte, die doch so beliebt sind? Jahr für Jahr wächst deren Marktanteil. Auf der Website von Vision Landwirtschaft, einem Zusammenschluss kritischer Agrarfachleute, die sich für eine Landwirtschaft ohne Pestizide einsetzen, finden sich zwar zahlreiche Beispiele von Landwirten, die den Umstieg geschafft haben. Dennoch produzieren von den gegenwärtig 51 000 Betrieben in der Schweiz nur 7100 nach biologischen Vorgaben.

Einer der Gründe: Die Ernten sind beim Bio-Anbau kleiner als auf einem konventionell betriebenen Hof. Das sei schwierig für die Bauern, die schon in der Ausbildung darauf getrimmt würden, möglichst viel Menge zu produzieren, sagt Urs Niggli, Direktor des Forschungsinstituts für biologischen Landbau und weltweit bekannter Bioforscher.

Die Ausfallraten sind unterschiedlich hoch: Beim Getreide müsse man mit einer Ertragsminderung von 15 bis 20 Prozent, bei den Kartoffeln mit einer solchen von 20 bis 40 und beim Zucker mit einer von 25 bis 30 Prozent rechnen. Beim Raps, der periodisch vom Rapsglanzkäfer befallen wird, kann es alle paar Jahre zu einem Totalausfall kommen, weil es keine biologische Bekämpfungsmassnahme gibt. Im Schnitt liege die Ernteeinbusse bei rund 20 Prozent, rechnet Niggli vor. Weniger Ertrag bedeutet für den Bauern auch weniger Einkommen.

Trotzdem kann die Rechnung für den Biobauern aufgehen. Dann jedenfalls, wenn die Konsumenten in genügender Zahl bereit sind, für die Bioprodukte tiefer ins Portemonnaie zu greifen. Und wenn die Landwirte für ihre Anstrengungen höhere Direktzahlungen erhalten, was bereits heute der Fall ist. Dann seien biologische Betriebe sogar rentabler als konventionelle, sagt Niggli. «Allerdings muss der Biobauer höhere Risiken eingehen als sein konventionell arbeitender Kollege, er muss mehr arbeiten und auch bereit sein, einiges dazuzulernen», fügt er hinzu.



Bioprodukte sind beliebt, aber teurer als herkömmliche. Im Bild ein Bündel Wurzpeterli.

CHRISTIAN BEUTLER / NZZ

Im letzten Jahr lag der Marktanteil der Bioprodukte in der Schweiz bei 9,9 Prozent, Tendenz steigend. Doch das Potenzial ist begrenzt. Das sieht nicht nur Markus Ritter, der Präsident des Schweizer Bauernverbandes, so, sondern auch Urs Niggli. Bis in fünf Jahren erwartet Niggli einen Marktanteil von bis zu 15 Prozent. Je nach Entwicklung der Klimadiskussion könne die Bereitschaft der Kunden noch grösser werden, mehr Geld für biologische Lebensmittel auszugeben. Ritter mag sich nicht auf eine Zahl festlegen, sagt aber: «Das Wachstum und die Aufnahmekapazität des Marktes haben eine Obergrenze.»

Das hat Folgen: Wenn mehr Bioprodukte produziert werden, als die Kunden kaufen, fällt der Preis, und die Biobauern können ihre Kosten nicht mehr decken. Deshalb sei es wichtig, dass nicht zu viele Landwirte gleichzeitig auf Bio umstiegen, betont Ritter. Im Moment sind es rund 350 pro Jahr. Und bereits jetzt zeigten sich in Teilmärkten gewisse Zeichen einer Übersättigung, sagt er. Biobutter und Biomilch können im laufenden Jahr nicht vollumfänglich abgesetzt werden.

Wenn das geschieht, droht eine Abklassierung der Produkte, was bedeutet, dass diese zum Preis konventionell hergestellter Ware verkauft werden müs-

sen. Niggli kennt das Argument, erachtet aber eine «kurzfristige Übersättigung» nicht als Problem. Diese könne im besten Fall sogar weitere Abnehmer für Bioprodukte generieren, wie etwa Restaurants, Spitäler oder weitere Grossverteiler.

Importe sollten nachhaltig sein

Doch es gibt einen weiteren Aspekt: Geht die Eigenproduktion im Inland wegen der Mindererträge im Biobereich zurück, müssen mehr Lebensmittel importiert werden, um die Bevölkerung zu versorgen. Auch diese sollten konsequenterweise nachhaltig produziert sein. Es wäre stossend, so Niggli, wenn die Schweiz, um ihre Umwelt zu schonen, auf eine extensive Landwirtschaft umstelle, sich aber keine Gedanken darüber machte, wie jene Lebensmittel hergestellt würden, die sie nicht mehr in genügender Menge selber zu produzieren vermöge.

Eigentlich wären Zusatzimporte gar nicht nötig, schiebt der Bioforscher nach. «Wenn Schweizerinnen und Schweizer ihre Ernährung umstellen, geht es auch ohne.» Das bedingt allerdings, dass wir unsere Essgewohnheiten massiv verändern: weniger Fleisch, da-

für mehr pflanzliche Lebensmittel essen, und weniger Food-Waste. Niggli fordert eine eigentliche Bewusstseinsänderung. Zwar empörten sich viele Menschen über das Artensterben oder die industrielle Fleischproduktion. Aber als Käufer im Laden seien sie nicht wirklich bereit, ihren Einkaufszettel zu überdenken.

Anders sieht das Andreas Bosshard, Geschäftsführer von Vision Landwirtschaft. Die Verkäuflichkeit der Bioprodukte hänge primär von der Preisdifferenz zu den konventionell hergestellten Lebensmitteln ab. Bio müsse aber nicht unbedingt teurer sein, im Gegenteil. Als Beispiel nennt Bosshard den Biowein.

Parmelin soll Maulkorb angeordnet haben

Ein Faktenblatt der Eawag, des Wasserforschungsinstituts der ETH, bezeichnet den Pestizideinsatz der Landwirtschaft als mitverantwortlich für den schlechten Zustand der Schweizer Gewässer. Wie der «Blick» am Montag berichtete, soll Landwirtschaftsminister Guy Parmelin deswegen beim ETH-Rat vorstellig geworden sein. Er soll dafür gesorgt haben, dass das Faktenblatt unter Verschluss bleibt und den For-

Je nach Sorte könne man bald ganz auf das Spritzen der Reben verzichten, was dem Bauern enorme Produktionskosten erspare und es ihm ermögliche, den Wein zu einem moderaten Preis zu verkaufen und gleichwohl genügend zu verdienen. Wenn man dann noch die Schäden in den Marktpreis integriere, welche die konventionelle Landwirtschaft durch Dünger und Pestizide verursache, die Abgeltungen für die nachhaltige Produktion erhöhe und die hohen Margen im Biobereich einkalkuliere, könnten Biolebensmittel sogar vergleichsweise billiger sein als konventionell hergestellte, argumentiert Bosshard.

Ineffiziente Produktion

Ganz grundsätzlich ist Vision Landwirtschaft der Meinung, dass «wir die falsche Diskussion führen». Für Bosshard produziert die Schweizer Landwirtschaft in vielerlei Hinsicht ineffizient. Ein Beispiel: Jährlich würden mehrere hunderttausend Tonnen Kraftfutter für Milchkühe importiert. Dies sei die direkte Ursache für die Milchüberschüsse in der Schweiz. Damit wird, so Bosshard, nicht nur der Milchpreis ruiniert, sondern auch eine enorme Menge an Kalorien vernichtet. Würde nämlich in den Herkunftsländern statt des Kraftfutters Getreide angebaut und in unser Land importiert, so könnte man damit in der Schweiz zwei Millionen Menschen zusätzlich ernähren.

Ein weiterer Vorteil: Diese Umstellung würde keinen Schweizer, keine Schweizerin zur Veränderung der Essgewohnheiten zwingen. Im Gegensatz zu Niggli sieht Bosshard nicht die Konsumenten und Konsumentinnen allein in der Pflicht. Auch die Agrarpolitiker und die Bauern müssten umdenken. Falls das nicht gelinge, könne die nachhaltige Lebensmittelproduktion nicht aus ihrer Nische herausfinden. Bauernpräsident Markus Ritter seinerseits ist überzeugt, dass der Grossteil der Schweizer Landwirtschaft bis auf weiteres mit konventionellen Anbaumethoden arbeiten wird.

Liechtensteins neue Aussenministerin hat auch den Schweizer Pass

Nach der Affäre um Aurelia Frick ist die liechtensteinisch-schweizerische Doppelbürgerin Katrin Eggenberger als neues Regierungsmitglied vereidigt worden

GÜNTHER MEIER, VADUZ

Mit einem Höllenlärm starteten die Guggenmusiken am 11.11. um 11 Uhr 11 in die närrische Jahreszeit. Im Gegensatz zu diesem ausgelassenen Treiben im Zentrum von Vaduz hatte wenige Minuten zuvor eine ernste Angelegenheit stattgefunden: Regierungschef Adrian Hasler vereidigte Katrin Eggenberger als Regierungsmitglied und neue Aussenministerin des Fürstentums Liechtenstein. Die Wahl war notwendig geworden, weil das Parlament ihrer Vorgängerin Aurelia Frick im Juni aufgrund der sogenannten Berateraffäre das Misstrauen ausgesprochen und die langjährige Aussenministerin per sofort aus dem Amt entfernt hatte.

Die Ersatzwahl hatte das Parlament am vergangenen Mittwoch vorgenommen. Sie diente als Vorschlag für den Landesfürsten beziehungsweise Erbprinzen, der die Minister auf diesen Vorschlag hin ernennt. Obwohl bis vor kurzem

im Land wenig bekannt, kann sich Katrin Eggenberger voll auf die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) stützen.

Am Nominierungsparteitag konnte Parteipräsident Marcus Vogt nach der geheimen Abstimmung lediglich einen ungültigen Wahlzettel in den Urnen feststellen. Dieser Vertrauensvorschuss ist umso bemerkenswerter, als die neue Aussenministerin eine Quereinsteigerin in der Politik ist; weder übte sie in Liechtenstein bisher ein öffentliches Amt aus, noch war sie in einer Partei aktiv. Vogt erklärte dazu am Parteitag, die Parteiführung habe die Kandidatin nicht einfach aus dem Hut gezaubert, sondern sich in einem intensiven Findungsprozess «mit grosser Verantwortung und ganz bewusst» für Eggenberger entschieden.

Wiege in Werdenberg

Eggenberger ist aber nicht nur politische Quereinsteigerin, sondern auch – wie ihre Vorgängerin – liechtensteinisch-

schweizerische Doppelbürgerin. Der rote Schweizer Pass stammt vom Vater, den blauen Pass des Fürstentums erhielt sie von der Mutter. Ihre Wiege stand in Werdenberg, die mütterliche Verwandtschaft wohnte in Vaduz – einen Steinwurf von der Rheingrenze entfernt. Die Ausbildung erfolgte im Wechsel in beiden Ländern: Grundschulen in der Schweiz, Bachelor- und Masterstudium an der Universität Liechtenstein, Doktorat in Staatswissenschaften an der Universität St. Gallen. Die Doktorarbeit, betreut durch Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz, trägt den für Liechtenstein nicht unwichtigen Titel «Solving Cooperation Problems over International Taxation: Power, Legitimacy and Sovereignty». Die Forschungen zur Dissertation, die dem internationalen Steuerwettbewerb und der Rolle Liechtensteins in diesem Umfeld gewidmet ist, führten Eggenberger zu Studien nach London und Cambridge sowie in die USA nach Harvard und an das von Fürst Hans-Adam II. finanzierte

Liechtenstein Institute on Self-Determination an der Princeton University.

Neben ihrer akademischen Ausbildung arbeitete Eggenberger in den Jahren 2002 bis 2014 in verschiedenen Finanzinstituten in der Schweiz und Liechtenstein, bevor sie 2015 zum Weltwirtschaftsforum (WEF) als persönliche Mitarbeiterin von WEF-Gründer Klaus Schwab stiess. Als «Chief of Staff» zählte die Vorbereitung der Treffen Schwabs mit Persönlichkeiten rund um den Erdball zu ihren Aufgaben. Ausserdem hatte sie den Vorsitz der Community of Chairpersons des World Economic Forum inne, die sich aus über hundert Vorsitzenden globaler Unternehmen zusammensetzt. Seit Jahresbeginn 2019 war sie federführend daran beteiligt, mit Technologieunternehmen im Silicon Valley und der Uno eine globale, digitale Plattform für Startups, Unternehmungen, Universitäten und Regierungen aufzubauen.

In den Zuständigkeitsbereich Eggenbergers fällt nicht nur die Aussenpolitik,

sondern auch die Ressorts Justiz und Kultur. Also zwei Politikbereiche, die wahrscheinlich mehr Einarbeitungszeit als die auswärtigen Angelegenheiten erfordern. Allerdings hat das neue Regierungsmitglied nicht allzu lange Zeit für die Einarbeitung, denn in etwas mehr als einem Jahr finden Wahlen statt.

Politik in den Genen

Ihre bisherige Tätigkeit hatte wenig mit Politik zu tun. Allerdings ist sie familiär «vorbelastet». Josef Biedermann, ein Bruder ihrer Mutter, kann auf eine der dichtesten politischen Karrieren in Liechtenstein zurückblicken: Biedermann war FBP-Präsident und gehörte während vier Mandatsperioden dem Landtag an, war Fraktionssprecher und eine Legislaturperiode lang Landtagspräsident sowie – was zweifellos für seine Nichte Katrin Eggenberger nicht unwichtig ist – auch Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Parlaments.